

P R E S S E M I T T E I L U N G

Gemeinsame Erklärungen der Initiativen gegen Fluglärm in Hamburg und Schleswig-Holstein

HAMBURGER SENAT VERWEIGERT FLUGLÄRMSCHUTZ

7. November 2014

Mit der Stellungnahme des Hamburger Senats vom 04.11.14 offenbart sich ein weitgehendes Unverständnis für die Sorgen und Nöte der Bürger in den von Fluglärm betroffenen Gebieten. Während der Senat von einem „mühevoll“ erarbeiteten Kompromiss spricht, handelt es sich aus Sicht der Initiativen gegen Fluglärm um ein Diktat der Deutschen Flugsicherung (DFS) und der Fluglärmschutzkommission (FLSK), das geprägt ist von wirtschaftlichem und in Anbetracht der Bürgerschaftswahlen 2015 auch von politischem Kalkül.

Die Hamburger Initiativen lehnen die jetzige Stellungnahme des Senats zum Bürgerschaftlichen Ersuchen „10-Punkte-Plan“ als vollkommen unzureichend und nicht zielführend ab. Der Senat macht sich die Beratungsempfehlung der FLSK völlig unreflektiert zu eigen und missachtet und übergeht damit bewusst den interfraktionelle Auftrag der Bürgerschaft, um rein wirtschaftlichen Interessen einem echten und umsetzbaren Fluglärmschutz für die Bevölkerung vorzuziehen.

Mit der Festlegung der neuen Anflugrouten werden neue Betroffenheiten generiert, die trotz aller Schönrederei nicht weg diskutiert werden können. Die Verlängerung des Anflugs auf mindestens 10 Nautische Meilen (NM) entspricht dem nationalen und internationalen Standardanflug. Warum für Hamburg eine Sonderregelung geschaffen werden soll bleibt unbeantwortet und erschließt sich nicht den Initiativen. „Die Verlängerung des Anflugs auf mindestens 10 NM ist nicht nur verhältnismäßig sondern auch fachlich dringend geboten und zielführend, dazu im fachlichen Kontext der länderübergreifenden Lärmschutzaktionsplanung des Hamburger Senats.“, so Martin Mosel von der BAW Bürgerinitiative Alstertal/Walddorfer/Ahrensburg.

Der inzwischen ausufernden Expansion des Hamburger Flughafens, als einer der wenigen Innenstadtflughäfen, wird vom Senat nichts entgegengestellt. Die vorgeblichen Maßnahmen zum Fluglärmschutz unterstützen die Erweiterungsgelüste des Flughafens und tragen nicht wirklich zur Entlastung bei. „Die Belastungsgrenze des Menschen ist lange überschritten. Der Senat ignoriert seine treuhänderische Pflicht als Mehrheitseigentümer des Flughafens für den Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden Sorge zu tragen“, sagt Margarete Hartl-Sorkin, Vorsitzende der BIG-Fluglärm Hamburg e.V.

Die strikte Verweigerung des Senats durch Änderung der Bahnbenutzungsregeln und der Verteilungsmaßstäbe von An- und Abflügen eine lastengerechte Aufteilung zu erreichen ist für Hans Schwarz von der NIG Norderstedter Interessengemeinschaft für Fluglärmschutz e.V. inakzeptabel. „Es ist gesellschaftliche nicht mehr vertretbar, dass eine der vier Startbahnen

in Hamburg lediglich mit 7% des gesamten Flugaufkommens bedacht wird, während Norderstedt über 45% der Starts und Landungen verkraften muss.“, betont Hans Schwarz.

Für Reimer Rathje von der Wählerinitiative „Wir in Norderstedt“ (WiN) ist der Beschluss des Senats Augenwischerei, „Für Norderstedt ändert sich gar nichts. Wesentlich lauter als die Landungen sind die Starts der Flugzeuge. Starts haben jedoch im vorliegenden Beschluss des Senats keine Berücksichtigung gefunden.“ Die nachweislichen Gesundheitsschäden sind nicht weiter zu ertragen und „Hamburg hat die Chance vertan, die einseitigen extremen Belastungen in Norderstedt zurückzunehmen und so der Bevölkerung eine echte Entlastung zu geben“, sagt der Fraktionsvorsitzende der WiN.

Die Initiativen sprechen sich für den Hamburger Flughafen aus. „Wir sind für einen Flughafen in Hamburg. Es gilt aber den weiteren Ausbau auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen. Die Belastungsfähigkeit der Bürger und der Schutz der Gesundheit stellt hierbei die Grenze.“ betont noch einmal Martin Mosel.

Alle beteiligten Initiativen haben sich für die Bildung der

FluglärmSchutzAllianz (FLSA) Nord

ausgesprochen und werden in den kommenden Tagen diese Allianz konstituieren. Durch die Bündelung der Kräfte wird die Allianz die Vertretung und Durchsetzung der Interessen aller Fluglärmbeschwerten und -betroffenen des Hamburger Flughafens und des Werksflughafens Finkenwerder vorantreiben.

Martin Mosel
Sprecher

**BAW Bürgerinitiative
Alstertal/Walddörfer/Ahrensburg**

Reimer Rathje Fraktionsvorsitzender
WiN „Wir in Norderstedt“

Margarete Hartl-Sorkin
1. Vorsitzende

**BIG Fluglärm-Hamburg e.V. Dachverband der
Bürgerinitiativen gegen Fluglärm e.V.**

Hans Schwarz Vorstand
**NiG Norderstedter Interessen- gemeinschaft
für FluglärmSchutz e.V.**

Pressekontakt:

Martin Mosel | Sprecher
BAW Bürgerinitiative Alstertal/Walddörfer/Ahrensburg
für FluglärmSchutz in Hamburg und Schleswig-Holstein

Fon 040.81971300
Fax 040.81971350
Mobil 0151.44201021

info@fluglaerm-alstertal-walddoerfer.de
www.baw-fluglaerm.de
www.facebook.com/bawfluglaerm